

## Krieg, Inflation und Klimakrise ängstigen die Deutschen

Eine Umfrage für das „Politpanel“ des Freiburger Wissenschaftlers Uwe Wagschal zeigt ein Land im mehrfachen Krisenmodus

Von Thomas Steiner

Eine Krise löst die andere ab. Das ist der Modus, in dem sich das Land seit Jahren bewegt. Auch das Politikpanel Deutschland zeigt es jetzt wieder. Seit 2017 führt der Freiburger Politikwissenschaftler Uwe Wagschal diese Umfrage durch. Jetzt wurden dafür von Ende Juni bis Mitte Juli rund 8000 Personen über 18 Jahren online befragt. Die Ergebnisse wurden nach Alter, Geschlecht, Bundesland und Parteipräferenz entsprechend der Verteilung in der Bevölkerung gewichtet. Themen der Umfrage waren unter anderem eben die Krisenwahrnehmung und die Frage nach einer Spaltung der Gesellschaft.

Drei Krisen hält eine Mehrheit der Deutschen für „bedrohlich“ oder sogar „sehr bedrohlich“: Den Ukraine-Krieg bewerten 78 Prozent so, die Inflation 72 Prozent und die Klima-Krise 65 Prozent. „Das sind ziemlich hohe Werte“, sagt Uwe Wagschal dazu. Zu Spitzenzeiten der Corona-Krise habe der Wert auch nicht höher gelegen. Deutschland ist im Angstzustand.

Was Corona angeht, so liegt die Pandemie in der jetzigen Rangfolge nur noch auf Platz fünf der Krisen, lediglich 30 Prozent der Deutschen stufen sie derzeit als bedrohlich oder sehr bedrohlich ein. Größe-

re Bedeutung misst die Bevölkerung der Krise der öffentlichen Finanzen zu, knapp 50 Prozent sehen diese als mindestens bedrohlich an.

Ob es vielleicht noch andere Krisen gibt, die die Menschen ängstigen, können Wagschal und der für die Auswertung wesentlich verantwortliche Akademische Rat Sebastian Jäckle nicht sagen. Eine offene Frage dazu gab es nicht, die fünf abgefragten Themen haben die Wissenschaftler aufgrund ihrer Relevanz, wie Wagschal sagt, vorgegeben.

Auffällig, so Jäckle, sei, dass die Krisenwahrnehmung in der Bevölkerung weit verbreitet ist. So gebe es kaum Unterschiede etwa der verschiedenen Altersgruppen. Allerdings gibt es Unterschiede entsprechend der politischen Heimat der Menschen.

Schaut man auf die Parteipräferenz (in der Umfrage mit der sogenannten Sonntagsfrage erfasst), so zeigt sich vor allem, dass Wähler der AfD sich von den Wählern anderer Parteien deutlich unterscheiden. Sie sehen, so die Freiburger Wissenschaftler in ihrer Auswertung, den Ukraine-Krieg und vor allem die Corona-Pandemie und die Klimakrise deutlich weniger oft als bedrohlich an als die Anhänger der anderen Parteien. Gleichzeitig sind die AfD-Anhänger diejenigen, die die Inflation und die Krise der öffentli-

chen Finanzen am häufigsten als bedrohlich wahrnehmen. Umgekehrtes gilt für die Klimakrise: Diese wird insbesondere von Wählern der Grünen und der Linken als bedrohlich wahrgenommen. Die Staatsverschuldung erscheint dieser Gruppe am wenigsten bedrohlich.

### *AfD-Wähler unterscheiden sich deutlich von anderen*

Ein weiterer Komplex des aktuellen Polit-Panels war der Spaltung der Gesellschaft gewidmet. Die Grundfrage lautete: „Für wie gespalten halten Sie die Gesellschaft in Bezug auf die folgenden Bereiche?“ Dann wurden sechs Bereiche genannt, welche die Wissenschaftler als wichtige Dimensionen der gesellschaftlichen Spaltung einstufen. Wobei aus der Grundfrage nicht ersichtlich wird, ob der jeweilige Bereich als faktisch gespalten angesehen wird oder ob er Anlass für eine gesplattene Bewertung ist.

In Bezug auf die „Einkommens- und Vermögensverteilung“ wurde von den Befragten am häufigsten eine Spaltung gesehen. Mehr als 40 Prozent halten in Bezug auf diese die Gesellschaft für „sehr stark“, weitere mehr als 30 Prozent für „ziemlich stark gespalten“. Mehr als zwei

Drittel der Deutschen sehen also die Unterschiede in Einkommen und Vermögen als eine Ursache von Ungleichheit in der Gesellschaft.

Auch bei der Frage nach „Ost- und Westdeutschland“ sehen viele Befragte immer noch eine Spaltung, allerdings keine so starke wie bei der Einkommens- und Vermögensverteilung. Entlang der Achse zwischen den alten und neuen Bundesländern halten knapp 40 Prozent der Deutschen das Land für „mittelmäßig“ und etwas mehr als 20 Prozent für „ziemlich stark gespalten“. Rund 25 Prozent dagegen sehen Deutschland hier nur „ein wenig gespalten“. Die ökonomische Ungleichheit im ganzen Land überlagert 22 Jahre nach der Wiedervereinigung die Ungleichheit zwischen West und Ost.

In zwei weiteren Bereichen ging es um Bewertungen der Lage: In „politischen Fragen allgemein“ sehen knapp 40 Prozent die Gesellschaft als „ziemlich stark“ und rund 25 Prozent als „sehr stark gespalten“ an, bei Ökologie und Umweltthemen nehmen jeweils etwas mehr als 30 Prozent eine mittelmäßige oder ziemlich starke Spaltung wahr.

Deutschland ist, kann man die Ergebnisse des Politpanels zusammenfassen, für viele in der Bevölkerung im doppelten Krisenmodus: Zu den Bedrohungen kommt politische Uneinigkeit.